

Fachdienstleiterin Claßen, dass dies auch aus Datenschutzgründen bei der Polizei zurückgefahren wird.

Ausschussmitglied Schnäpp fordert weiterhin die Erstellung eines Konzeptes hinsichtlich Ordnungspartnerschaften mit der DB-Polizei und der Kreispolizeibehörde.

Fachdienstleiterin Claßen stellt klar, dass es bereits mehrfach Gespräche mit der Polizei gegeben hat. Die Kollegen des Bezirksdienstes Bedburg sind mit der originären Gefahrenabwehr beschäftigt und können sich aufgrund fehlenden Personals aus zeitlichen Gründen keinen gemeinsamen Aktionen widmen. Die Ordnungspartnerschaft mit der Kreispolizeibehörde ist auf Großveranstaltungen begrenzt.

Ausschussmitglied Lambertz zeigt sich positiv erfreut darüber, dass man sich über die parteilichen Grenzen hinweg einig ist, dass der Ordnungsbehördliche Außendienst erweitert werden soll.

Fachdienstleiterin Claßen erläutert auf Anfrage des Ausschussmitglieds Spix, dass aufgrund der Großveranstaltungen sicherlich Überstunden anfallen, die abgefeiert werden müssen. Hier fallen auch Überstunden des Innendienstes an, da diese die Großveranstaltungen mit begleiten. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass dann aber der Außendienst und auch der Innendienst nicht bzw. nicht in Gänze erreichbar ist.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Steffens stellt Fachdienstleiterin Claßen dar, dass es rechtlich nicht möglich ist, die Streifen des Ordnungsbehördlichen Außendienstes mit Mitarbeitern einer Sicherheitsfirma aufzustocken. Bei Großveranstaltungen ist es lediglich möglich, dass Sicherheitsfirmen das Veranstaltungsgelände abdecken.

Ausschussmitglied Schnäpp sieht es als unproblematisch an, wenn der Ordnungsbehördliche Außendienst zur Fortbildungszwecken in der Woche nicht belegt ist. Er stellt die Frage, wie die Landespolitik beeinflusst werden kann, dass hier nicht die Verantwortung komplett den Kommunen auferlegt wird.

Fachdienstleiterin Claßen erläutert, dass es in anderen Bundesländern bereits derart geregelt ist, dass die Kommunen für die Sicherstellung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Gänze zuständig sind. Dies hat bei den Ordnungsämtern zu einem erheblichen Personalmehrbedarf geführt.

Beschluss:

Der Familien-, Kultur- und Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen